



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDS.
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SCHWEDISCH, HOLLÄNDISCH, SPANISCH UND IN ESPERANTO

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 23
8. Jahrgang

30. November 1940

KRIEG GEGEN KINDER

(ITF) Erzieht die deutsche Jugend zur Brutalität, macht aus der polnischen Jugend dumpf dahinlebende Arbeitssklaven -

das ist der Befehl, den Hitlers Gauleiter im Warthe-Gau (Poznań) den Lehrern in einer Rede in Poznań (Posen) gab. Ausdrücklich berief sich Gauleiter Greiser auf einen Auftrag Hitlers. Wir geben die entscheidenden Teile seiner Rede nach dem Stenogramm wieder:

"Der Lehrer und die Lehrerin müssen bewusst in ihrer innern und äussern Einstellung hart sein. Nichts wäre durch das deutsche Schwert gewonnen, wenn wir dieselben gefühlswunden Deutschen bleiben würden, die wir im Wilhelminischen Zeitalter und 1918 gewesen sind. Der Sieg des Schwertes kann nur ausgenutzt werden durch eine entsprechende weltanschauliche und völkische Härte. Die kann nicht nur zum Ausdruck kommen durch unsere Generation, sie hat ihren geschichtlichen Sinn über Jahrhunderte und auf ein Jahrtausend hinweg nur dann, wenn es uns gelingt, diese kompromisslose Härte in die Herzen unserer Jugend weiterzugeben".

"Nach einem Jahrzehnt unserer grossen völkischen Erziehungsarbeit wollen wir dem Führer sagen können: Du hast uns einen Auftrag gegeben. Wir können Dir heute melden, dass es zwar noch polnische Jugend gibt, die in der Lage ist, eine deutsche Zeitung zu entziffern und die Lohnhöhe bis zu 100 oder 200 auszurechnen, dass es aber keinen polnischen Jugendlichen mehr gibt, der durch die Arbeit deutscher Erzieher oder deutscher Wissenschaft in der Lage wäre, gegen unser Blut noch einmal führend anzutreten".

Im ganzen Herrschaftsbereich des Hakenkreuzes wird dieser Krieg gegen Kinder geführt. Kinder nach Deutschland verschleppter polnischer Zwangsarbeiter dürfen überhaupt keine Schule besuchen. "In einer Verordnung des Regierungspräsidenten in Magdeburg wird festgestellt, dass ein Schulbesuch durch Kinder der Zivilpolen nicht statthalt ist", berichtet die "Kölnische Zeitung".

(Für die Red.: Rede Greisers vom 19. Oktober; "Kölnische Zeitung", 27.X.1940.)

Hitler plündert Europa

Hitler-Europa:
Herunter mit den Löhnen!

(ITF) Das ist die Zukunft, die ein Hitler-Europa den Arbeitern Norwegens bringen würde. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung im deutschen Kommissariat in Oslo, hat sie (am 12. November) im Hamburger Reeder-Organ "Hansa" gezeichnet: "Ich betrachte es als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, die Arbeitsleistung zu steigern und die Löhne in den Fällen zu senken, in denen Gewerkschaften Löhne durchgesetzt haben, die für Norwegens Wirtschaft (nach Nazi-Auffassung! Red.) den Tod bedeuten. Durch Senken der Löhne und damit des Lebensstandards werden eines Tages die Voraussetzungen für die Eingliederung Norwegens in das (nazistische!) europäische Wirtschaftssystem geschaffen sein". (Nach dem Stockholmer Social Demokraten)

(Für die Red.: "Social Demokraten", 16.XI.; Rückübersetzung aus dem Schwedischen.)

Systematische Ausplünderung

(ITF) Nach Frankreich haben die Nazis besondere "Wirtschaftstrupps" geschickt, d.s. "Gruppen von Offizieren, die ein besonderes wirtschaftliches Verständnis besitzen". Diese Trupps ziehen von Ort zu Ort und legen Kar-

teilen über jeden Betrieb an. Sie verzeichneten, berichtet der Berliner "Lokal-Anzeiger", "alle wichtigen Personalien, auch ein Urteil über die leitenden Personen., Bankverbindungen und deren Einsatzmöglichkeit., Zustand der Maschinen und Anlagen". "Das Hauptaugenmerk der Wirtschaftstrupps galt natürlich den Rohstoffen und Materialien".

Die Arbeit der Wirtschaftstrupps ist nicht ganz so schwierig wie sie aussieht, denn "den Wirtschaftstrupps ist vieles vorgearbeitet worden... gründlich arbeitende Stellen haben umfangreiche Unterlagen über die Betriebe im Feindesland zusammengestellt, die nunmehr ausgewertet werden können". Auf Grund dieser Erhebungen werden Rohstoffvorräte, Maschinen, ja, ganze Fabrikeinrichtungen nach Deutschland transportiert.

Die Arbeiter, deren Arbeitsstelle vernichtet wird, werden wie Maschinen verschleppt. 15.000 französische Arbeiter sind bereits (bis Mitte November) nach Deutschland transportiert worden, 9.000 von ihnen aus Paris.

Lebensmittel sind in Frankreich scharf rationiert. Aber die Angehörigen der Deportierten sparen sich die Bissen vom Munde ab, um den nach Deutschland Verschleppten Lebensmittelpakete senden zu können.

Sie haben Briefe aus Deutschland erhalten...

(Für die Red.: Berliner "Lokal-Anzeiger", 7.XI.40.)

Hitlers Ordnung ausgeliefert... (ITF) Dänemark ist kein erobertes Land, es hat keinen Krieg mit Deutschland, es steht nur unter "deutschem Schutz". Aber es erlebt heute schon, was die Verwirklichung der nazistischen Europapläne bedeuten würde. "Unter dem Schutz der deutschen Waffen" wird es ausgeplündert, so wie Hitler ganz Europa plündern will.

Der dänisch-deutsche Warenaustausch wird seit Jahren über eine Clearingstelle verrechnet, weil Deutschland bei seinem Devisenmangel Waren nur mit Waren bezahlen konnte. Die Dänen waren vorsichtig. Sie hatten gesehen, dass Berlin den Balkanstaaten wohl Rohstoffe abnahm, aber keine Waren im Austausch lieferte. Die Guthaben der Balkanstaaten in Berlin wuchsen an. Sie waren eine Anweisung auf Warenbezug aus Deutschland, aber wenn die Gläubiger drängten, stellte Deutschland sie vor die Wahl, zu warten, bis es eines Tages die von den Ländern benötigten Waren liefern könnte, oder überflüssige Waren abzunehmen. - Die dänische Regierung vermied diese Zwangslage, sie achtete darauf, dass Deutschland etwas mehr lieferte als es erhielt, sodass es ein Clearingguthaben in Dänemark hatte, im Durchschnitt etwa 50 Millionen Kronen. Aber als deutsche Truppen das kleine Land besetzt hatten, war kein Widerstand gegen die Ausplünderung mehr möglich. Ob Dänemark wollte oder nicht, es musste nach Deutschland liefern und heute (am 15. November) hat Dänemark in Berlin ein Clearingguthaben von 373.800.000 Kronen, für die es nichts kaufen kann. "Es war von Anfang an klar, dass Deutschland für die erhöhten Lieferungen nicht mit den Waren zahlen könnte, die wir gebrauchen", erklärte der dänische Außenminister (am 15. November) im Folketing. Aber anfangs hatten die Nazis vertröstet: Wir haben in Berlin eine europäische Verrechnungsstelle, ihr könnt daher mit Markguthaben auch in anderen europäischen Ländern kaufen. "Ist doch Voraussetzung für die Verrechnungszentrale die jederzeitige Verwendbarkeit im Ringverkehr sowie die jederzeitige Verfügung bez. Kündigung", beruhigte die "Deutsche Allgemeine Zeitung" (am 4. August). Doch Dänemark kann nur 25 Mio Kronen, noch nicht ein 15tel seines Guthabens, für Käufe ausserhalb Deutschlands verwenden, musste Dänemarks Außenminister mitteilen. - Wenn Deutschland auch Dänemark die gelieferten Waren nicht bezahlt, der Privatlieferant muss Geld für seine Ware erhalten, die dänische Notenbank muss ihm für seine Forderung an die Clearingstelle Noten geben. Dem Lande werden also gegen das Versprechen späterer Zahlung Millionenwerte an Waren entzogen und die Notenbank muss Banknoten drucken, die nur durch das faule deutsche Zahlungsversprechen gedeckt sind. Der Notenumlauf erhöht sich, während der Warenvorrat zurückgeht. Die Folge ist, dass die Preise steigen, dass die Behörden, um die Inflationsgefahr zu vermindern, auf die Löhne drücken.

Während das von Rohstoff-Zufuhr abgeschnittene und von Berlin ausgeplünderte Land zusehen muss, wie die Erwerbslosigkeit steigt, holt Deutschland dänische Arbeiter ins Reich. 17.000 Dänen arbeiten jetzt in Deutschland. Sie verdienen dort den ortsüblichen Lohn, aber sie werden so knapp gehalten, dass ihnen ihre Familien Kleider, Schuhe und Lebensmittel schicken müssen.

Ganz Dänemark betrachtet diese Arbeiter als Opfer der nazistischen neuen Ordnung. Wenn Weihnachten 10.000 dänische Arbeiter zu einem kurzen Urlaub heimkommen, werden sie an der Grenze von einer Regierungsabordnung

empfangen. - Die Machtlosen ehren die Opfer, die sie nicht schützen können.

Die Arbeiterorganisationen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten

Die Gewerkschaften in Belgien (ITF) Die deutschen Behörden behindern das Weiterarbeiten der belgischen Gewerkschaften und erzwingen die Einheitsorganisation.

Die Sender der von den Nazis kontrollierten Brüsseler Sendergruppe berichteten: "Durch den Krieg ist die Arbeit der bestehenden Gewerkschaftsorganisationen unmöglich geworden. Aber die Umstände verlangen, dass trotzdem die Lage der Arbeiter und Angestellten und ihrer Familien verbessert wird. Das kann nur durch eine Einheitsorganisation geschehen, die von den früheren Gewerkschaften und Parteien unabhängig ist".

In dieser Zwangslage haben die Leiter der Zentrale der freien, der christlichen und der liberalen Gewerkschaften (am 22. November) beschlossen, eine Einheitsorganisation zu gründen. Alle bestehenden Berufsverbände werden der neuen Organisation angeschlossen. Nur diese Organisation darf sich noch in gewissem Umfang gewerkschaftlich betätigen, sie übernimmt das Unterstützungswesen aller Verbände und nur sie wird noch Fachzeitungen herausgeben.

Für Flandern und Wallonien werden eine gleiche Zahl von Gewerkschaftskartellengegründet werden.

Widerstand norwegischer Gewerkschafter

(ITF) Die Nazis haben von den norwegischen Gewerkschaftsfunktionären die Unterzeichnung einheitlicher Loyalitätserklärungen für den neuen, unter dem Druck der Nazis eingesetz-

ten Vorstand der gewerkschaftlichen Landeszentrale und ihre "Neue Ordnung" gefordert. Viele Gewerkschafter lehnten die Unterzeichnung dieses Formulars ab; sie wurden daraufhin ihres Amtes enthoben.

Andere Gewerkschaftsfunktionäre fügten sich, manche aber nur zum Schein, sie arbeiten heimlich gegen die Gleichschalter, berichtet der Stockholmer "Social-Demokraten".

Die norwegische Gewerkschaftszentrale hat bisher in ihrem Statut alle Gewerkschafter aufgefordert, sich marxistischen Arbeiterparteien anzuschließen, kein Gewerkschafter sollte einer nicht marxistischen Partei angehören. Jetzt sind alle norwegischen Parteien verboten und als die Nazis forderten, dass die Gewerkschaftszentrale diesen Satz ihres Statuts ändere, forderte der neue Vorstand gehorsam die Gewerkschaften auf, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten.

Aber so war es wiederum nicht gemeint. Die norwegischen Nazis waren empört, ihr Organ "Fritt Folk" bezeichnete dieses Rundschreiben als "passiven Ungehorsam". Die Gewerkschafter hätten doch wissen müssen, dass der deutsche Kommissar natürlich nichts dagegen hätte, dass Gewerkschaften sich der Quisling-Partei anschließen. Die Landeszentrale sollte sich nicht einbilden, dass die Geduld der neuen Regierung unerschöpflich sei. Aber die Gewerkschaften halten sich weiter gehorsam an den Wortlaut der Nazi-Verordnung.

(Für die Red.: "Fritt Folk", 7.XI., 11.XI., "Social-Demokraten", 13.XI. 40. - "Faschismus", 15.XI.40.)

Terrorisierung tschechischer Arbeitervertreter

(ITF) Nur gelegentlich kann darüber berichtet werden, unter welchem Druck die Funktionäre der Arbeiterorganisationen in den von deutschen Truppen besetzten

Gebieten stehen; denn vorzeitige Berichte können ihr Leben gefährden. Erst ein Jahr nach den Prager Studentenunruhen erfährt man daher Genaueres über die Art, in der Hitlers Behörden damals die Vertrauensleute der tschechischen Arbeiter terrorisierten. Dieser Bericht hat aber in diesen 12 Monaten nichts an Aktualität eingebüsst, denn mit genau den gleichen Methoden terrorisieren die Nazis heute die Arbeiterfunktionäre in allen von deutschen Truppen besetzten Ländern.

Man erinnert sich noch, wie die Nazis gegen die tschechischen Studenten vorgingen. Unter nichtigem Vorwand haben sie (im November 1939) alle tschechischen Hochschulen geschlossen, eine Anzahl Studenten hingerichtet und viele Studenten nach Deutschland verschleppt. Die tschechischen Universitäten waren in ihrer neuen Gestalt eine Schöpfung der sozialen Demokratie, mehr als ein Viertel aller Studenten kam aus Arbeiter- und Bauernfamilien.-In Prager Betrieben wollten die Arbeiter streiken. Aus

der Provinz kamen Delegierte zur Gewerkschaftszentrale und berichteten, dass auch dort die Arbeiter die Ausrufung eines Generalstreiks forderten.

Die Lage war kritisch. Zur tschechischen Schattenregierung und zur "Nationalen Einheitspartei" hatten die Arbeiter kein Vertrauen.

Die deutschen Behörden waren über die Gärung in den Betrieben unterrichtet, sie wollten die Arbeiter einschüchtern. Sofort nach der Hinrichtung der Studentenfürer luden sie eine Reihe Betriebsräte vor und teilten ihnen kurz und bündig mit, dass sofort die Betriebsräte aller Betriebe erschossen würden, in denen es auch nur zu Unruhen oder Streikversuchen käme, oder auch nur Belegschaftsmitglieder irgendeines Betriebes bei einer "unüberlegten" Tat innerhalb oder ausserhalb des Betriebes ertappt würden.

Die Vertreter der Einheitsgewerkschaft befanden sich in einer schwierigen Lage. Hätten sie dem Drängen der Arbeiter nachgegeben, Generalstreik proklamiert und Strassendemonstrationen organisiert, so wären Tausende Betriebsfunktionäre als Geiseln an die Wand gestellt worden. - Die Zeit war noch nicht reif für Massenaktionen. Für eine reine Demonstration sollte kein Arbeiterblut vergossen werden.

(Für die Red.: Boh. Lausman im "Čechoslovák", London, 22.XI.40. - "Faschismus", 20.IV.40.)

Das Vermögen der C.G.T. ist von der Pétain-Regierung beschlagnahmt worden, als sie (auf Grund des Gesetzes vom 19. VIII) am 9. November Büro und Verwaltungsrat auflöste. Das beschlagnahmte Gewerkschaftsvermögen wird vom Staat treuhänderisch verwaltet.

Gleichzeitig wurde Vermögen und Eigentum der Zentrale der christlichen Gewerkschaften und der faschistischen ~~Denrot~~-Organisation beschlagnahmt. -
de la Roque (ITF)

Widerstand

Marseiller Werftarbeiter streiken

(ITF) Auf den Werften in Marseille herrschte Unruhe. Eine Streikbewegung war ausgebrochen, die die Pétain-Regierung nur durch Militarisierung aller im Hafengebiet beschäftigten Arbeiter ersticken konnte. Der militarisierte Arbeiter, der die Arbeit verweigert, wird wie ein desertierender Soldat vor das Kriegsgericht gestellt.

Unruhen unter den Hafenarbeitern von Dünkirchen

(ITF) Im Dünkirchener Hafen geht nicht alles am Schnürchen. Die Besatzungsbehörden haben sich in die Arbeitsverhältnisse in diesem Hafen einmischen müssen. Um die Wiederholung betriebsstörender Zwischenfälle zu vermeiden, wurden die Hafenarbeiter sorgfältig gesiebt. Die "zuverlässigen" erhielten den neuen Personalausweis, ohne den es jetzt im Hafen weder Arbeit noch Brot gibt. - Die Vichy-Regierung hat / Anordnung für sämtliche französischen Häfen erlassen. / eine entsprechende

Norwegische Sabotage

(ITF) Es gibt heute viele Saboteure in Norwegen, stellt das Naziorgan "Fritt Folk" betrubt fest: Da ist der kräftige Transportarbeiter, der ein schweres wertvolles Kunstwerk die Treppe herunterfallen lässt und dann sagt, dass es ihm zu schwer sei. Das ist ein bewusster Saboteur, zetert das Naziorgan, er darf sich nicht schwächer machen als er ist. Da gibt es viele, die Krankheit simulieren, die blau machen oder sich schon mit einer leichten Erkältung ins Bett legen. Saboteure seien schliesslich auch die rede- und schreibgewandten Geschichtsprofessoren und Redner, die plötzlich stumm wurden, die Schriftsteller und Journalisten, die nicht für den Nazismus eintreten...

In einer Reihe norwegischer Provinzstädte erscheinen die Arbeiterzeitungen nicht mehr. Keiner fand sich bereit, für die gleichgeschalteten Zeitungen zu schreiben.

(Für die Red.: "Fritt Folk", 8.XI.40. - Information norwegischer Sozialisten.)

Die "Internationale" in der "Hauptstadt der national-sozialistischen Bewegung"

(ITF) Ein Gerichtsverfahren vor dem Münchner Sondergericht gibt ein Bild der Stimmung der nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter. - Im Nebenzimmer eine Wirtschaft in München sassen an einem Abend nach Deutschland transportierte tschechische Bauarbeiter mit jugoslawischen und deutschen Arbeitern zusammen. Plötzlich singen tschechische Arbeiter die "Internationale", ein Tscheche begleitet sie auf der Ziehharmonika. Die "Internationale", die Aufforderung: "... reinen Tisch macht mit den Bedrängern,

Heer der Sklaven wache auf...", hat für die Zwangsarbeiter eine besondere Aktualität.

Einer der tschechischen Arbeiter, vielleicht ein Nazi oder ein Spitzel, hielt es für nötig zu sagen, "dass dieses Lied im Deutschen Reich verboten sei. Darauf folgte eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Landsleuten", schreibt der Gerichtsberichterstatter der "Münchener Neuesten Nachrichten". "(Die Arbeiter) Kakač und Holenda beschlossen, dem Landsmann, der Einspruch erhoben hatte, einen Denkmittel zu geben". Auf dem Heimwege wurde er krankenhaushausreif verprügelt.

Die Nazi-Richter sperren die beiden Arbeiter auf fünf und drei Jahre ins Zuchthaus.

(Für die Red.: "Münchener Neueste Nachrichten", 24.X.40.)

Arbeitssklaven der Nazi-Kriegsmaschine

(ITF) Monate hindurch hat Dr. Ley den deutschen Arbeitern versprochen, dass Hitler, falls er siegen würde, die Fesseln der Betriebsklaverei, in die es sie geschlagen hat, lockern würde. Das Arbeitsministerium hat sich scharf gegen dieses Versprechen gewandt und die deutsche Presse durfte Ley korrigieren und feststellen, dass der Leiter der Arbeitsfront nicht von der Wirklichkeit des Nazi-Staates sondern vom "Ideal einer zukünftigen Friedenswirtschaft" reden will. ("Kölnische Zeitung")

Unter diesem Druck sah Dr. Ley sich genötigt, etwas ehrlicher zu werden. Auf einer Betriebsversammlung im A.E.G.-Werk Berlin teilte er den Arbeitern (am 5.XI.) mit, dass Freizügigkeit für sie, falls Hitler wirklich siegen würde, nur in beschränkter Masse möglich sei; denn Hitler brauche dann für seine Kriegsmaschine Zwangsarbeiter innerhalb und ausserhalb Deutschlands: "Es muss eine Regelung gefunden werden, die zugleich auch die nötigen Kräfte für die unübersehbare Fülle der in Zukunft innerhalb und ausserhalb des Reiches zu meisternden Probleme sicherstellt." - Wenn die Kriegsmaschine des dritten Reiches nicht zerbrechen wird, bleiben die deutschen Arbeiter auf Generationen hinaus Arbeitssklaven.

(Für die Red.: "Kölnische Zeitung", 27.X.; Deutsches Nachrichtenbüro, 5.XI.40. "Faschismus", 16.XI.)

Italiener werden nach Deutschland deportiert

(ITF) Die Deportation zehntausender italienischer Arbeiter nach Deutschland erregt in den Betrieben ein der Diktatur unliebsames Aufsehen. Faschistische Lautsprecher suchen die Arbeiter mit schönen Versprechungen zu beschwichtigen. So versprach Farinacci, der frühere Generalsekretär der faschistischen Partei, der heute den Bezirk von Cremona terrorisiert, den Arbeitern einer Fabrik in Pizzighettone: "Alle unsere (italienischen) Arbeiter sollen auf Italiens Boden bei ihren Familien arbeiten. Das erstrebt die Politik des Duce, das ist die Politik des Faschismus".

14 Tage nachdem der "Corriere della Sera" über diese Rede berichtet hatte, schloss Hitlers Arbeitsminister Seldte in Rom einen Kontrakt über die Lieferung weiterer Zehntausender italienischer Arbeiter ab.

(Für die Red.: "Corriere della Sera", 27.X.40.)

Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit in Mailand

(ITF) In Mailand, der grössten italienischen Industriestadt, waren Ende Oktober 35% aller Industriearbeiter erwerbslos oder arbeiteten kurz. 42.000 Arbeiter stempelten, 172.000 arbeiteten weniger als 40 Stunden in der Woche. Vor allem in der Textil- und Bekleidungsindustrie und im Baugewerbe müssen viele Arbeiter kurzarbeiten.

Noch nie dagewesene Unternehmermacht in Frankreich

(ITF) Französische Industrielle haben sich darüber beklagt, dass sie in den für die einzelnen Industriezweige eingesetzten Unternehmerratsausschüssen auch einen Regierungskommissar dulden müssen. Das sei ein für sie unerträglicher Etatismus. Mit berechtigtem Erstaunen erklärt der Produktionsminister Belin dem "Temps", dass er die Unternehmer einfach nicht begreife: "Praktisch überlässt diese sogenannte 'etatistische' Organisation den Berufszugehörigen, d.h. den Interessenten, die Leitung der betreffenden Industrien und Wirtschaftszweige. Der Staat hat dadurch seine Rechte in einem gewissen Masse an die Industriellen abgetreten. Zweifellos gibt es eine Staatskontrolle, aber man hat den Industriellen eine noch nie dagewesene Machtfülle über-

tragen, wie sie bisher nur der Staat besass". - (Für die Red.: "Le Temps", 25.VIII.40., "Faschismus", 16.XI.40.)

Gesinnungszwang in Luxemburg (ITF) Die "Münchener Neueste Nachrichten" berichten: "Der Chef der nationalsozialistischen Zivilverwaltung in Luxemburg erklärte den Beamten auf einer Versammlung in Esch (Alzette): 'Wenn ein (luxemburgischer) Beamter glaubt, Deutschland nicht dienen zu können, der Weg nach Südfrankreich steht ihm frei!' - Für Dienstvergehen, die eine Verletzung der durch die Einrichtung einer deutschen Verwaltung in Luxemburg begründeten Beamtenpflichten enthalten, wurde ein Sonderdienststrafgericht eingerichtet."
(Für die Red.: "Münchener Neueste Nachrichten", 29.X.40.)

Oesterreichische Millionen (ITF) Die österreichische Industrie hat in den letzten Jahren nur einen Teil der benötigten Rohstoffe und Maschinen erhalten, denn die reichsdeutschen Industriellen haben die einträglichen Rüstungsaufträge unter sich verteilt. Das änderte sich auch nach Kriegsausbruch nicht, solange die Produktionsbedingungen im west- und mitteldeutschen Industriebezirk relativ normal blieben. Erst als die englischen Bomber die Produktion in diesen Bezirken empfindlich zu stören begannen, wurden mehr Aufträge nach Oesterreich verlegt. Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums fuhr nach Wien und versicherte den österreichischen Industriellen, dass jetzt "berechtigte Klagen auf den Gebieten der Rohstoffkontingente und der Maschinenausstattung der ostmärkischen Industrie Rechnung getragen werden würde". Um die österreichischen Industriellen jedoch stärker an Hitlers Kriegsgeschäft zu interessieren, garantiert Berlin ihnen nicht nur Kriegslieferungen und entsprechende Kriegsgewinne, sondern zahlt ihnen noch Millionensubventionen. 120 Millionen RM sind den österreichischen Industriellen bisher als Subventionskredit zur Verfügung gestellt worden, weitere Millionenkredite - "flüssige Mittel in stärkerem Ausmass als früher" - wurden versprochen. Die österreichischen Industriellen nehmen die Millionenkredite, aber sie wollen sie nicht zurückzahlen. Sie wollen, dass der Staat ihnen die Betriebe ausstattet, mit denen sie Kriegsgewinne scheffeln, sie wollen Hunderte von Millionen als Geschenk. Verständnissvoll versicherte der Vertreter Berlins, dass er den "unsch der Industriellen verstehe, dass "diese meist aus einmaligen Quellen stammenden Mittel den Betrieben als Eigenkapital verbleiben", er stellte in Aussicht, dass diese Millionen den Industriellen geschenkt würden. - Zur gleichen Zeit aber erklärten die österreichischen Reichstrehänder der Arbeit erneut mit Nachdruck, dass den österreichischen Arbeitern kein Pfennig Teuerungszulage bewilligt werden dürfe.

Millionen für Industrielle, Druck auf die Arbeiterlöhne - das ist der "Sozialismus" der nationalsozialistischen "Neuen Ordnung".

(Für die Red.: Rede des Staatssekretärs Landfried: "Münchener Neueste Nachrichten", 3.XI.40.)

Misslungener Versuch (ITF) Höchst unzufrieden sind die Nazis mit den polnischen und jüdischen Arbeitern der Textil- und Bekleidungsindustrie im Lodzer Gebiet. Die Lodzer Uniformindustrie sollte eilige Aufträge für die deutsche Armee übernehmen, doch die Nazis mussten feststellen, dass die Arbeiter "von staatsfeindlichen Ideen zersetzt" sind, d.h. dass sie den Nazi-Staat hassen und entsprechend arbeiten. Besonders "der im Raum von Litzmannstadt (Lodz) unternommene Versuch, mit ansässigen jüdischen Arbeitskräften Uniformen herzustellen, muss als misslungen bezeichnet werden".

(Für die Red.: "Deutsche Bergwerkszeitung", 23.X.40.)

Sorge um Frau und Kind (ITF) Viele der deutschen Soldaten in Frankreich hatten gehofft, dass England wenige Wochen nach dem Zusammenbruch Frankreichs die Waffen niederlegen werde. Jetzt sind sie enttäuscht und kriegsmüde. Die Reservisten, die jetzt, nach dem Abtransport der jungen Soldaten an die Küste, in den innerfranzösischen Garnisonen liegen, hören täglich besorgt, ob der englische Rundfunk auch von Bombardementen der Städte berichtet, in denen ihre Familien leben.

Holländer in Deutschland gefangen- (ITF) Hitler hat holländische Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, aber holländische Arbeiter hält er in Deutschland gefangen.

Soviele der nach Deutschland transportierten holländischen Arbeiter sind bei der ersten Gelegenheit nach Holland geflohen, dass die deutschen Behörden beschlossen, allen in Deutschland beschäftigten holländischen Arbeitern die Pässe abzunehmen (meldet das Amsterdamer Algemeen Nederlandsch Persbureau)..

Frauen in der Zwangsarbeitsmaschine
Feststellungen deutscher Industrieller

(ITF) Die Nazibehörden pressen Frauen zu schwerster Zwangsarbeit, unbekümmert um die Folgen für die Gesundheit der Frauen und ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der durch die Ueberlastung der Arbeiterinnen gefährdeten Arbeiter. Seit Kriegsausbruch werden in Deutschland keine Mitteilungen über Betriebsunfälle mehr veröffentlicht. Aber man kann sich ein Bild der Zustände machen, die/das Pressen von Frauen zu Schwerstarbeit in deutschen Betrieben entstand, wenn selbst robuste deutsche Industrielle sich zu Protesten gezwungen sehen.

besonders verantwortungslos ist die Gepflogenheit der Nazi-Arbeitsämter, Frauen zum Fahren schwerer 1000-Tonnen-Kräne zu pressen. Denn sie gefährden dadurch die Belegschaft ganzer Fabrikhallen. Die Zwangs-Arbeitsämter berufen sich darauf, dass sich während des letzten Krieges Frauen als Kranführerinnen durchaus bewährt haben. In der "Deutschen Bergwerkszeitung" betont ein Sprecher der Ruhrindustrie demgegenüber mit Recht, dass sich seit dem letzten Krieg "in vielen Betrieben das Ausbringen (die Produktion) am einzelnen Arbeitsplatz erhöht hat und damit das Tempo des Produktionsflusses wesentlich angestiegen ist, was sich am sichtbarsten eben bei den Mittlern des Warenumschlages, den Transportkränen, bemerkbar macht." Und Kranführer haben "Tag für Tag 8 - 10 Stunden" zu arbeiten! - Besonders anstrengend ist die Arbeit in Hitzebetrieben, Beizereien und ausgesprochenen Staubbetrieben. In derartigen Betrieben dürfen als Kranführer "nur ganz robuste Naturen" arbeiten. Es musste klar sein, "dass mehr als für jeden anderen Frauen-Arbeitsplatz eine sorgfältige Auswahl nach dem Gesichtspunkt der konstitutionellen Leistungsfähigkeit durchaus am Platze ist".

Aber die Nazi-Zwangsarbeitsämter kennen keine Rücksicht. Anklagend muss das Organ der Schwerindustrie erklären: "Mehr als leichtfertig ist, für solche Arbeit einen Menschen einzusetzen, von dessen körperlicher, geistiger und seelischer Leistungsbereitschaft man nicht einwandfrei überzeugt ist". Die Nazi-Arbeitsämter zwingen selbst schwerer körperlicher Arbeit ungewohnte Arbeiterinnen aus der Bekleidungsindustrie, Putzmacherinnen und Büroangestellte, Kranführerarbeit zu übernehmen!

Die Zwangsarbeiterinnen versuchen, sich durch schlechte Arbeit zu wehren. Da sie "nicht immer freiwillig, sondern auf dem Wege der Dienstverpflichtung an den neuen Arbeitsplatz herankommen, so ergibt sich eine seelische Situation, die einen Einsatz auf so verantwortungsvollem Posten wie dem eines Kranführers durchaus nicht gerecht wird". Die zur Zwangsarbeit gepressten Frauen "fühlen sich nicht nur entwurzelt und aus ihrem Milieu herausgerissen, sondern sie sind von der neuen Atmosphäre so umgeworfen, dass sie sich sogar für einfachste Handarbeitsleistung zunächst knapp tauglich erweisen. Natürlich tritt bald eine Gewöhnung ein und der Reiz des Neuen und des besseren Verdienstes hilft die Bitterkeit des Müssens überwinden". - Doch Stichproben ergaben, dass trotz Druck und Lockung des höheren Verdienstes 45% der zu Zwangsarbeit an Schlüsselstellungen gepressten Arbeiterinnen ausscheiden müssen - oft nach ernster gesundheitlicher Schädigung oder schweren Betriebsunfällen!

Wir unterstreichen: deutsche Industrielle schildern so die Verhältnisse in den den Nazi-Zwangsarbeitsämtern ausgelieferten Betrieben.

(Für die Red.: "Deutsche Bergwerkszeitung", Nr. 258 vom 3.XI.40.)

Gewerkschaften in Lothringen

(ITF) Mit den Lothringischen Industriellen haben die Nazis rasch eine Form der Zusammenarbeit gefunden. Die Industriellen setzen unter dem Hakenkreuz ihr Geschäftemachen fort. - Die deutsche Unternehmerpresse ist ehrlich darüber ent-rüstet, dass die lothringischen Gewerkschaften sich nicht in gleicher Weise zur Zusammenarbeit mit den Eroberern bereitfanden. Bitter beklagt sich die "Deutsche Bergwerkszeitung": "Wichtige Geschäftsstellen dieser Gewerkschaftsverbände wurden ausgeraubt und Akten und Geschäftsbücher zum Teil vernichtet, zum Teil nach Frankreich mitgeschleppt". Die Nazis hatten anscheinend erwartet, dass die lothringischen Gewerkschafter um Aufnahme in die gelbe Nazi-Arbeitsfront betteln würden.

(Für die Red.: "Deutsche Bergwerkszeitung", 2.XI.40.)

Das holländische Arbeiterbildungs-
institut löst sich auf

(ITF) Das von den holländischen Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei getragene Institut für Arbeiterbildung hat sich aufgelöst, berichtet "Vrij Nederland". "Die 'Nationaal Socialistische Beweging' (N.S.B.) wollte es zunächst unter nationalsozialistischer Kontrolle weiterarbeiten lassen. Die Mitglieder und der Vorstand des Arbeiterbildungsinstituts haben das verhindert". - (Für die Red.: Vergl. "Faschismus", 2.XI.40.)

haben wir u.a.:

Revolutionstag -

B.B.C.

Vereinigte Sklaven Europas -

B.B.C.

Revolutionstag!

(ITF) London grüsste am Jahrestage der österreichischen Revolution die österreichischen Arbeiter:

Lang ist die Liste der Feste der Braunhemden, selbst in Oesterreich sind schon in den kurzen 2 Jahren Nazi-Herrschaft bestimmte "grosse Tage" gefeiert worden. Ich will die Liste dieser Nazi-Festtage nicht durchgehen. Es ist immer wieder dasselbe. Man erzählt Euch mit Pomp und Prunk, wie glücklich Ihr unter Euren Herren lebt, Ihr müsst das Regime feiern und schliesslich dürft Ihr "Heil" rufen zum Ruhm Eures gegenwärtigen Führers und zu Eurer eigenen Sklaverei.

Aber heute lasst u n s zusammen einen Gedenktag feiern, Ihr an Euren Lautsprechern in Oesterreich, und wir hier am Mikrophon. Und dies ist ein Gedenktag, der Euch wirklich angeht, der wirklich der Eure ist, gerade weil er nicht im Kalender der Braunhemden steht; der 12. November 1918. Denn das war Euer grosser Tag. Alle Fronten waren zusammengebrochen. Ueber ein Jahr hatte Deutschland versucht, die auseinanderfallende österreichische Monarchie als Bundesgenossen im Krieg zu halten. Jetzt stand Deutschland selbst im Zeichen der Revolution. Der Krieg war verloren, die Habsburger-Monarchie fiel auseinander. Die einzelnen Nationen, die zu ihr gehört hatten, begannen mit dem Aufbau ihrer eigenen Staaten und in diesem allgemeinen Chaos blieb der Rumpf der Donaumonarchie, blieb Deutsch-Oesterreich hilflos und führerlos zurück.

Die alte herrschende Klasse, die im Schlepptau Berlins in den Weltkrieg geschlittert war, war bankrott. 4 1/2 Kriegsjahre hatten die Kräfte der Nation zerstört; die neugebildeten Nationalstaaten hatten das überkommene Staatsgefüge gesprengt. Wer würde es wagen, die Leitung der Geschichte dieses Rumpfstaates zu übernehmen? Gab es doch überhaupt noch eine Kraft in diesem tödlich verwundeten Volke?

Es gab eine Kraft und sie kam aus den Quartieren und aus der Klasse, die in den 4 1/2 Kriegsjahren am meisten unter Elend und Hunger gelitten, sie kam aus Oesterreichs Arbeiterklasse, aus der österreichischen Arbeiterbewegung. Die Arbeiterorganisationen, die im Laufe der Jahre, von Hass und Verdacht umbrandet, aufgebaut waren, die zuerst von der Polizei verfolgt und dann mit allgemeinem Abscheu betrachtet wurden, sie zeigten sich Herren der Lage. Am 12. November ergriffen Oesterreichs Sozialisten mit fester Hand das Steuer des Staates.

Es war wahrlich keine leichte Aufgabe. Aber sie waren die Elite der europäischen Arbeiterbewegung und sie packten diese Arbeit entschlossen an. Was diese Männer in Oesterreichs dunkelster Stunde leisteten, hat weder die schwarze Halb-Diktatur noch die braune Vollandiktatur auslöschen können.

Oesterreich wurde ein Land wirklicher Freiheit, ein Land wirklichen sozialen Fortschritts im Herzen Europas. Wien wurde Europas sozialistische Musterstadt, ein vielbewundertes Vorbild. Und trotz aller politischen Umwälzungen behielt Oesterreich diesen Charakter, bis es durch das Eingreifen Mussolinis (1934) zerstört wurde.

Das ist die Bedeutung des 12. November. Das lebt in den Herzen der österreichischen Sozialisten. Eine stolze Erinnerung, deren steinerne Zeugen heute noch ein unzerstörbarer Zug im Antlitz Oesterreichs sind. Eine Erinnerung, geweiht durch das Blut der Arbeiter, die im Juli 1927 und im Februar 1934 zur Verteidigung dieses stolzen Werkes ihr Leben gaben.

Deshalb ist der 12. November 1918, der Staatsfeiertag der österreichischen Republik, nicht nur eine traurige Erinnerung, sondern auch eine Mahnung an alle, die einst in der ersten Reihe der europäischen Arbeiterbewegung standen, eine Erinnerung an die stolzen Tage, in denen Oesterreichs sozialistische Soldaten zu den Waffen griffen, ein glänzendes Vorbild den zaudernden und unentschlossenen Sozialisten anderer Länder. Und diese Erinnerung lebt fort in den Herzen der Arbeiter von Floridsdorf und Wiener-Neustadt, in den Herzen der Arbeiter von Graz und Linz, von Steyr und St. Pölten und all der Städte und Dörfer, in denen die Arbeiterschaft am 12. November 1918 zur Tat rief. Die Arbeiterbewegung Englands und vor allem die Sozialisten Londons, die heute in der ersten Reihe des Kampfes gegen Hitler stehen, sie grüssen die österreichischen Sozialisten, die alte unsterbliche Garde. Wir kämpfen den gleichen Kampf. Auch Euer Tag wird kommen.

"Vereinigte Sklaven Europas"

(ITF) Aus einer Rede Henry Haucks an französische Arbeiter: "Der schweigende Wider-

stand aller Franzosen gegen die Versuchung der deutschen Versprechungen, das feste Vertrauen auf die schliessliche Niederlage des Faschismus und

auf den Endsieg der Freiheit, ihre schweigende, aber beredte Verachtung aller derer, die sich zu Dienern der Nazis erniedrigen, all das ist eine Kraft geworden, vor der Hitler und Laval zurückweichen mussten.

Man hat Euch nicht durch offenen Angriff gewinnen können, man versucht deshalb, Euch zu umgehen. Man will Euch überreden und gaukelt Euch die unerhörten Versprechungen der 'Neuen Ordnung' vor, die die Nazis in Europa stabilisieren wollen. Man weiss, mit welcher Begeisterung Ihr vor einigen Jahren die von Briand vertretene Idee der Vereinigten Staaten Europas aufgenommen habt. Man versucht Euch einzureden, dass die Vereinigten Staaten Europas dank Hitler im Werden sind und dass es im Interesse Frankreichs liegt, sich ihnen einzugliedern. Aber man vergisst zu leicht, dass das französische Volk keine Hammelherde ist und dass es keine Binde vor den Augen trägt. Das französische Volk hat seit 4 Monaten die erschreckenden Resultate der deutschen Herrschaft gesehen und erlebt, wie sich die Vichy-Regierung vor Hitler erniedrigte. Lebensmittel sind knapp, es herrscht ein Verkehrschaos, die Preise steigen, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, ganz zu schweigen von dem tyrannischen Polizeiregime, dem Frankreich unterworfen ist. Deutschland hat sich einen Teil des Ertrags der Landwirtschaft angeeignet, die französische Industrie der Willkür der deutschen ausgeliefert, unsere Fabriken geschlossen oder konfisziert, die Arbeiter der Disziplin der Konzentrationslager ausgeliefert oder ins Elend gestossen - das ist die 'Neue Ordnung', über die Herr Laval mit Göring verhandelt und die die Baudouin, Déat, Doriot Euch anpreisen. Man will den Lebensstandard der Franzosen herabdrücken, damit er auf das Niveau der deutschen Arbeiter, der italienischen, polnischen, tschechoslowakischen Arbeiter sinkt, mit einem Wort auf das Niveau der Völker, die heute von Faschisten und Nazis beherrscht werden. Man will nicht die 'Vereinigten Staaten Europas' errichten, sondern die Vereinigten Sklaven Europas auspressen, ausbeuten und stärker unterdrücken."

Richtigstellung

Der Bericht, den wir am 19. Oktober über die Konferenz französischer Gewerkschafter in Toulouse veröffentlichten, bedarf einer Richtigstellung. Die Konferenz fand nicht Anfang August, sondern schon am 21. Juli statt.

Auf Seite 162 der letzten Ausgabe muss im Lohnkampf-Bericht im sechsten Absatz in der 3. Zeile eingefügt werden: "... werden, trotzdem bei der Wiederbewilligung der Sonderarbeitszuschläge im November 1939 festgelegt worden war, dass für diese Zuschläge kein Kriegszuschlag zu zahlen sei. Vielle..."

Brände in deutschen Textilfabriken

(ITF) Wolle und Zellwolle müssen in den Textilfabriken vor der Verarbeitung leicht gefettet werden. Die Woll-Rohfaser verliert bei der Reinigung ihren natürlichen Fettgehalt. Auf die Fasern wird daher vor der Verarbeitung, möglichst fein verteilt, "Spinnöl" aufgestäubt, "schmälzen" nennt das der Textiler. Bei der Zellwollverarbeitung ist das Schmälzen besonders nötig, weil die Zellwolle weich gemacht werden muss, um die der Faser eigentümliche Steifheit zu beseitigen. Schlechte Schmalzmittel und schlechte Rohstoffe verursachen in deutschen Textilfabriken viele Brände.

Auch das deutsche Arbeitsministerium führt in seiner Zeitschrift "Arbeitsschutz" die Zunahme der Brände in den deutschen Textilfabriken auf die schlechte Materialversorgung zurück: "in den letzten Jahren traten in steigendem Masse grössere Brände in Textilbetrieben auf. Dies dürfte damit zu erklären sein, dass aus Gründen der Sparsamkeit und Rohmaterialstreckung neuerdings viel mehr Mischgarne verarbeitet werden als früher. Die Ursache mag auch darin liegen, dass mancher chemisch nicht vorgebildete Hersteller, um seinen Verpflichtungen nachzukommen, durch Zumischen billiger Öle und Fette ein Schmalzmittel erzeugt, das sehr oxydabel ist".

(Für die Red.: "Arbeitsschutz", 15.IX.40.)

Arbeitsfront will Geld

(ITF) Evakuierung und Betriebsverlegungen gaben vielen Arbeitern die Möglichkeit, sich um die Zahlung der Beiträge zur Arbeitsfront zu drücken. Doch die Arbeitsfront will sich keinen Pfennig entgehen lassen. Sie hat die alten Beitragsmarken Ende Oktober eingezogen und es wurden neue Beitragsmarken ausgegeben, wodurch die Arbeiter, die Schwierigkeiten vermeiden wollen, gezwungen wurden, noch vor dem 1. November die rückständigen Beiträge zu zahlen.